...woch, den 30. April 1919.

...uisation

...den bestehenden Heu-
...Ungunst der Witterung
...der Staatsrat gestern
...rordnung getroffen:
...ef mit Heu ist bis auf
...en.
...räte erhalten den Auf-
... auf ihrem Gemeinde-
...Preise von 50 Fr. per
...n und für die aller-
... zu verwenden. Der
...ertem Heu wird un-
...ng der Oberämter ge-

...er sind beauftragt, die
...orschriften zu kontrol-
...erteilung zwischen den
...nieren.
...erstand gegen die von
...en Befehle wird gemäß

...machung

...ten Publikum mit, daß er sein

...rgeschäft

...en auf dem Lande und auf
1077

...rvet, Zimmermeister,
...e 260, Freiburg.

...BAUMER
...d - Tailleur
...BURG Pérolles 9
... franz. & engl. Stoffen
...osen, Ueberzieher etc.
... die H. H. Geistlichen.
...llegiumuniformen.
...rkauf von Stoffen.
...billige Preise.

...eigerung

...ai 1919, nachmittags 2 Uhr,
...n Alterswil in der Wirt-
... daselbst ein Heimwesen in
...ne öffentliche Pachtsteigerung
...om 22. Februar 1920 bis
... Das Heimwesen umfaßt
... Ackerland mit den nötigen
1085
... Heimwesens und Kenntnis
...e man sich an Hr. M. Burri,
...enni.
...l 1919.
... Fasel, Pfarreipräsident.

...Stickereien

...e und neue Auswahl in ge-
...che für Damen und Kinder.
... sehr vorteilhaften Preisen.
...n Samstag und Jahrmarkt.
1015
...rau Emil Daguet
...er, Hängebrückgasse 116

... Steigerung

...ächsten Donnerstag, den
...s 1 Uhr an in Golmet-
... öffentlich und freiwillig ver-
1088
...ühe, 1 Meische,
...ein und 8 Ferkeln,
..., 1 Dreschmaschine, 1 Heu-
... Schlitten. 2 Waldsägen, ein

Lauper Johann.

...kaufen

...chtgebrauch

...tenschränkchen
...chubladen
... der Mosterei in Düdingen.

Nr. 101 — 56. Jahrgang **Freiburg, Donnerstag, den 1. Mai 1919.**

Freiburger Nachrichten

Tagesblatt für die westliche Schweiz

(Vormals „Freiburger Zeitung")

Abonnementspreis:

	12 Monate	6 Monate	4 Monate	3 Monate	1 Monat
Schweiz:	Fr. 17.70	Fr. 9.—	Fr. 5.80	Fr. 5.—	Fr. 2.—
Ausland:	„ 31.—	„ 16.—	—	„ 8.50	„ 3.20

Die Samstag-Nummer allein: pro Jahr 3 Fr. 50.
Postscheckkonto IIa 212. Bei der Post bestellt 20 Rp. mehr.
Postabonnemente für das Ausland sind am Wohnort des Bestellers aufzugeben; und dort ist der Abonnementspreis zu erfragen. Postabonnemente haben Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Italien, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen rc.

Insertionspreise:

Für den Kanton Freiburg:		
Erste Insertion	20 Cts.	die Zeile oder deren Raum
Folgende Insertionen	15 „	
Für die Schweiz	25 „	
Für das Ausland	30 „	
Reklamen	60 „	

Redaktions- und Verwaltungsbureau: Perollesstraße 38, Freiburg (Schweiz) Telephon 4.06. — Annoncenregie: PUBLICITAS, Schweizer. Annoncenexpedition A.-G. Telephon 1.35

Zur direkten Kriegssteuer.

Die Union liberale romande hat kürzlich in Lausanne ihre Delegiertenversammlung abgehalten und beschlossen, sie wolle ihren Parteimitgliedern die Verwerfung der neuen Kriegssteuer anempfehlen. Sie tut dies aus föderalistischen Gründen. Ihr Wortführer im Nationalrat, Herr Maunoir von Genf, hat in der Bundesversammlung den Antrag gestellt, die Steuer zur Deckung der Schuld müsse im Zeitraum von vier Jahren eingezogen werden. Zwar nicht die ganze Schuldentdeckung auf einmal, aber, für jede weitere Erhebung müsse die Bundesversammlung wieder ein neues Gesetz machen und dem Volke zur Abstimmung vorlegen, so oft bis die ganze Milliarde bezahlt sei.

Es ist gut, daß unterdessen etwas andere Auffassungen im Volke aufkommen über die Aufgaben des Parlamentarismus, wenn man sich auf derartige Haarspaltereien versteift. Herr Maunoir wird sich bald davon überzeugen können, wenn er heute auch noch in einer Welt zu leben scheint, die näher dem Monde ist, als der Mutter Erde, deren Bewohner sich im bolschewistischen Fieber wälzen.

Vom föderalistischen Standpunkte aus ist sein Vorschlag geradezu eine Gefährdung der ganzen Stellung des Föderalismus. Was würde schon der nächste Nationalrat aus dem Gesetze machen, der im November 1919 nach dem Prinzip des Proporzes gewählt werden wird? Höchst wahrscheinlich eine immerwährende direkte Bundessteuer.

Nein, für die Föderalisten, d. h. diejenigen Bürger, welche die Selbständigkeit der Kantone nicht dem allmächtigen Bunde ausliefern wollen, ist die vorgeschlagene Form annehmbar. Sie ist die unter den obwaltenden Umständen denkbar günstigste Lösung.

Es handelt sich ausschließlich um die Mobilisationskosten, d. h. die Kosten des Truppenaufgebotes. Die Defizite der Verwaltung sind darin nicht inbegriffen. Auch nicht die Ausgaben für die Festungsbauten; ebenso wenig die laufenden Zinsen der Mobilisationsanleihen. So bestimmt Ziffer 1 des Bundesratsbeschlusses vom 14. Februar.

Die Kriegssteuer ist eine zeitlich beschränkte Zwecksteuer. Sobald der Zweck erreicht ist, hört die Steuer auf. Sie kann nur durch eine Veränderung der Verfassung ihrem Zweck entfremdet, oder in eine immerwährende Steuer umgeändert werden. Die Verfassungsänderung aber müßte ja vors Volk gebracht werden.

Was die Zeitdauer anbetrifft, so sieht der Bundesratsbeschluß in seiner Ziffer 2 „vierjährige Perioden" vor. Alle vier Jahre wird ein neuer Kriegssteuereinzug angekündigt, bis die Milliarde abbezahlt ist. Die Zahlung der Steuer kann auf vier Jahre verteilt, also in vier Portionen eingeteilt werden, so daß ein Steuerpflichtiger, der 80 Fr. Steuern zahlen muß, jedes Jahr 20 entrichten kann.

Da nach den Berechnungen des Finanzdepartementes eine vierjährige Periode 188 bis 190 Millionen abwerfen wird, wovon ein Fünftel den Kantonen zukommt, so bleiben als Bundessteuer 150 Millionen. Um die noch nicht gedeckten 600 Millionen einzubringen, rechnet man mit einer viermaligen Wiederholung. Die Kriegssteuer würde also 16 Jahre lang auf uns lasten. Dann wäre sie, wenn die Berechnungen stimmen, abgezahlt.

Es ist also zu sagen, daß den förderalistischen Bedenken so weit es die Umstände erlaubten Rechnung getragen wird im Kriegssteuergesetze.

Wie steht's nun mit den sozialen Rücksichten? Hat die Vorlage die heutigen Verhältnisse des Erwerbslebens und hauptsächlich der Lebensmittelteuerung in Berücksichtigung gezogen oder nicht? Hat sie es in Anschlag gebracht, daß ein Einkommen, das vor dem Kriege zur Erhaltung einer Familie noch hinreichte, heute eine Hungerexistenz begründet?

Wenn man die Ziffern 3—5 der Vorlage durchgeht, so muß man diese Fragen mit einem entschiedenen Ja beantworten. Sie handeln von der Vermögenssteuer und der Erwerbssteuer.

Als oberster Grundsatz gilt: Vermögen unter 10,000 Fr. sind steuerfrei. Personen, welche keinen ausreichenden Erwerb haben, z. B. alte Leute, die aus den Zinsen eines kleinen Vermögens leben müssen, weil sie nicht mehr arbeitsfähig sind, zahlen auch bei größeren Vermögen (als 10,000) keine Steuer.

Die Erwerbssteuer im neuen Kriegssteuergesetze beginnt:

a) Bei Personen, die mehr als 20,000 Fr. besitzen, bei einem Erwerb von 2000 Fr.;

b) Bei Personen, die mehr als 10,000 Fr. aber nicht über 20,000 Fr. Vermögen besitzen, bei einem Erwerb von 3000 Fr.; bei Personen ohne Vermögen oder mit einem 10,000 Fr. nicht übersteigendem Vermögen bei einem Erwerb von 4000 Franken. Für jedes Kind unter 18 Jahren oder für jede Person für die der Erwerbende unterstützungspflichtig sorgt, erhöhen sich diese Ansätze um weitere 400 Franken. Nehmen wir als Beispiel den letzteren Fall. Ein Familienvater mit einem kleinen Bätteli als Eigentum, das nicht über 10,000 Fr. wert ist, zahlt erst Steuren, wenn er mehr als 4000 Fr. Jahreseinkommen (Ertrag eines Handwerkes, Lohn für die Arbeit in einer Fabrik, Ertrag der Landwirtschaft) hat. Besitzt er vier Kinder unter 18 Jahren, so ist ein Einkommen bis 5600 Fr. steuerfrei, bei acht Kindern ein Einkommen von 7200 Fr.

Die internationale Sozialistenkonferenz

in Amsterdam verlangt in einer Entschließung, daß die Friedenskonferenz Finnland als unabhängigen Staat anerkenne. Die Frage der finnischen Häfen im Eismeer und Russisch-Karelien soll noch geprüft werden. Die Alandsinseln sollen über ihre Zugehörigkeit selbst entscheiden. Verlangt wird ferner die Unabhängigkeit Georgiens.

Die Konferenz hat zum Schluß ihrer Beratungen eine Entschließung angenommen über den Völkerbund, in der es heißt:

Die Konferenz ist der Meinung, daß ein Völkerbund nur dann seinen Zweck erfüllt,

1. wenn er auf der Grundlage gleicher Pflichten und Rechte alle unabhängigen Völker in sich vereinigt, die die Verpflichtungen des Vertrages übernehmen;

2. wenn er über eine internationale Autorität verfügt, die beauftragt ist, sowohl den eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf den Friedensvertrag, wie die Tätigkeit des Völkerbundes Gewicht zu verschaffen. Diese Autorität übernimmt die Verpflichtung, wirtschaftliche Beziehungen herbeizuführen, die allmählich zur Ueberwindung aller geschäftlichen Hindernisse des internationalen Handels und der Weltproduktion führen müssen;

3. wenn er Maßnahmen für ein Verbot weiterer Rüstungen, für progressive Herabsetzung der gegenwärtigen Rüstungen und für eine Kontrolle der noch gestatteten Munitionsfabrikation trifft und auf die völlige Abrüstung zu Wasser und zu Lande hinarbeitet;

4. wenn sich alle Nationen, aus denen der Völkerbund sich zusammensetzt, ausnahmslos dazu verpflichten, alle Konflikte vorzulegen, auf die der Völkerbund Anwendung finden kann, und das Urteil des Völkerbundes anzuerkennen und in keinem Fall zum Krieg ihre Zuflucht zu nehmen;

5. wenn er, um seinen Zweck zu erreichen, die Methode der öffentlichen Diplomatie annimmt, die die Gewähr dafür bieten würde, daß die Forderungen der verschiedenen Staaten in jedem einzelnen Fall entschieden werden, und dadurch allein die Beständigkeit des Friedens sicherte.

Diese Bedingungen sind gegenwärtig von den alliierten Regierungen nicht erfüllt worden.

Ferner wurde eine Entschließung angenommen, die besagt: Die in Amsterdam tagende Konferenz, die die sozialistische und Arbeiterbewegung von 26 Staaten vertritt, erklärt ihre Geschlossenheit, den Kampf für einen Frieden aufzunehmen, der nicht im Widerspruch zu den 14 Punkten Wilsons steht, die die einzige Grundlage für ein dauerndes Einvernehmen der friedliebenden Demokratien in Aussicht stellen. Die Konferenz ist der Meinung, daß die durch die Pariser Beschlüsse geschaffene Beunruhigung die Permanenz der Vereinigung und der Mitglieder des Aktionsausschusses als unvermeidlich erscheinen läßt, bis die Friedenspräliminarien unterzeichnet sind. Die Konferenz beauftragt Delegierte, eine Zusammenkunft mit vier leitenden Männern der Alliierten zu erlangen, wobei darauf zu bestehen sei, daß eine Lösung herbeigeführt werde, die sich mit den Berner und Amsterdamer Beschlüssen decke. Die Konferenz wird den Regierungen die Verantwortung für alles, was aus einer etwaigen Abänderung sich ergeben sollte, überlassen.

Die Konferenz sprach sich auch gegen die Einverleibung Danzigs in Polen aus, da Danzig eine ganz deutsche Stadt sei und den Polen eine freie Fahrt auf der Weichsel zugesichert sei, und Danzig auch noch als Freihafen erklärt werde. Bezüglich des Saarbeckens verwarf die Konferenz nicht nur die politische Annexion, sondern auch die wirtschaftliche. Es sei notwendig, daß Deutschland den Schaden, den es ohne gezwungen zu sein in Nordfrankreich anrichtete, vergüte und die Kohlenproduktion des Saargebietes für seine Schadenvergütung bestimme.

Die nächste Sitzung der Konferenz wird am 1. August in Luzern abgehalten werden. Hierauf wurde die Konferenz geschlossen. Tereiolli und mehrere andere Abgeordnete gingen nach Paris, Henderson ist nach London verreist.

Die Verhandlungen in Versailles.

Paris, 30. April. ag. (Havas.) Der „Temps" sagt, die Ueberreichung des Friedensvertrages an die deutschen Bevollmächtigten werde Freitag oder Samstag Morgen feierlich im Trianon Palast stattfinden. Alle Delegierten, welche an der Konferenz Staaten vertreten, welche am Kriege gegen Deutschland teilgenommen haben, werden der Ueberreichung beiwohnen. Clémenceau wird den Text des Vertrages Graf Brockdorff-Rantzau übergeben. Der Präliminarvertrag wird der Presse anscheinend nur auszugsweise mitgeteilt werden. Dieser Auszug wird gegenwärtig von den Delegationen vorbereitet. Es ist kaum wahrscheinlich, daß diese Arbeit vor einem oder zwei Tagen beendet ist, und daß dieser Auszug vor Freitag abend verteilt werden kann.

Die im Präliminarvertrag enthaltenen Klauseln behandeln die Frage einer eventuellen Rückgabe der deutschen überseeischen Besitzungen in endgültiger Weise. Die ersten Klauseln enthalten den reinen und glatten Verzicht Deutschlands auf alle Rechte und Titel auf seine überseeischen Besitzungen zu Gunsten der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Englands, Italiens und Japans. Eine weitere Klausel sieht vor, daß die Regierung, welche die Herrschaft über die einzelnen früheren deutschen Gebiete übernehmen wird, alle ihr notwendig scheinenden Maßnahmen treffen kann, um entweder die deutschen Staatsangehörigen nach Hause zu befördern oder um die deutschen Privatinteressen zu liquidieren. Es geht aus diesem Texte hervor, daß die endgültige Gebietszuteilung und die Definition des Kollektiv-Mandates im Präliminarfriedensvertrag geregelt wird. Deutschland braucht die Lösung dieser beiden Fragen nicht zu kennen. Bis zur Einführung des endgültigen Regimes können die Mächte, welche gegenwärtig die deutschen Kolonien in ihrem Besitz haben, nichts destoweniger sofort die nötigen Maßnahmen treffen, um diese Kolonien von den letzten Spuren des deutschen Einflusses zu säubern.

P. Leo Michel, O. P.

Dekan der philosophischen Fakultät.

P. Michel ist nicht mehr unter uns. Mit ihm verschwindet eine typische Gestalt des Lehrkörpers unserer Hochschule.

Schon im Laufe des vorigen Sommers zeigten sich bei ihm die ersten Vorboten eines schweren Leidens, das sich bald als Magenkrebs offenbarte und das die robuste Konstitution des Leidenden zusammenbrechen sollte. Eine im Dezember eingetretene Besserung erwies sich als Täuschung. Das angekündete Uebel machte rasche Fortschritte, trotz Pflege und der hingebenden Sorge des Hausarztes, zu dem letzte Woche noch ein Spezialist von Bern herbeigezogen wurde, der aber nur die Diagnose seines Kollegen bestätigen konnte und die baldige Auflösung des Schwerkranken in Aussicht stellen mußte. Nachdem der Kranke letzten Samstag die Sterbsakramente empfangen hatte, starb er nach langem Todeskampfe Dienstag abends gegen 12 Uhr infolge Herzschwäche.

P. Leo Michel wurde am 24. Oktober 1857 zu Steinamanger in Ungarn geboren. Sein Vater war fränkischer Abstammung, seine Mutter eine Ungarin. Er selbst besaß in Charakter und Temperament etwas von Beiden. Geweckt, sehr intelligent, ruhig und klug und ein bischen schlau dazu, berechtigte er zu den besten Hoffnungen. Nach tüchtigen, humanistischen Studien in seiner Vaterstadt, trat er in den Predigerorden ein, wo er am 5. Oktober 1874 die Profeß ablegte und am 18. Juli 1880 zum Priester geweiht wurde. Als Dozent der Philosophie in Graz gehörte er im dortigen Generalstudium der österreichischen Provinz zu den besten Lehrern. Dabei war er damals auch bekannt als Volksmissionär und vor allem als Konferenzprediger in gebildeteren Kreisen sehr geschätzt. Als 1892 der jugendliche P. Kennedy, zur Zeit Professor der Philosophie an der Universität in Washington, zurücktrat, wurde P. Michel an seine Stelle als Lehrer der Philosophie an die Universität Freiburg berufen. Er ist mehr als 26 Jahre auf seinem Posten verblieben und zweimal Dekan der philosophischen Fakultät, 1912 bis 1913 Rektor der Universität, ist er, ohne hervorzutreten, in manchen schwierigen Fragen ein kluger, absolut zuverlässiger Ratgeber seiner Oberbehörden gewesen.

P. Michel war ein geborner Philosoph. Wir halten es nicht für zufällig, daß er, was sonst nicht der Studienorganisation seines Ordens entspricht, zeitlebens während seiner ganzen mehr als 35-jährigen Lehrtätigkeit nur auf dem Gebiete der Philosophie tätig war. Dazu eigneten ihn verschiedene hervorragende Eigenschaften. Vorerst sein logisches außerordentlich klares Denken, mit dem er eine vortreffliche Mitteilungsgabe verband. Viele seiner Schüler, die jetzt in hohen politischen und kirchlichen Stellungen stehen, haben seine klaren und logisch gut verbundenen Vorlesungen, in die er dann und wann auch Witz und sarkastische Bemerkungen hineinstreute, in bester Erinnerung behalten. Jeder ungesunden Neuerungssucht fremd, war er doch auf dem Laufenden in Bezug auf die modernen Einwürfe, die der christlichen Philosophie gemacht zu werden pflegen. Seine ausgesuchte Bibliothek zeigt, mit welcher Einsicht er die wichtigsten Erscheinungen auf dem Gebiete der Philosophie vom Altertum bis zur neuesten Zeit verfolgt hat. Seine Geschichte der neueren Philosophie mit den beiden Seminarien über Spinoza und E. Kant, die er regelmäßig wiederholte, wurden auch von jenen Hörern hoch eingeschätzt, die nicht auf dem Boden der gleichen Weltanschauung standen.

Wie es Phlegmatikern eigen, so war auch P. Michel, zumal in den letzten Jahren, etwas langsam und schwer beweglich. Aber wenn er einmal an ein Problem sich hinsetzte, behandelte er es gründlich, durchsichtig und mit all den Folgerungen, die sich daraus ergaben.

Dabei blieb er immer mehr ein intuitiv synthetischer Denker, als ein analythischer Kleinarbeiter. Nicht unerwähnt bleibe seine schlagfertige dialektische Gewandtheit in und außer seiner Lehrtätigkeit. Wenn er einen Opponenten faßte, ließ er ihn nicht so leicht wieder los, und wenn er hie und da in seiner stoischen Ruhe nicht sofort antwortete, so blieb er sicherlich die Antwort nicht schuldig, zuweilen fiel sie dann nur um so kräftiger aus. Was wir ihm aber zum hohen bleibenden Verdienste anrechnen, und was seine besten Schüler ihm allzeit nachrühmten, das war seine Lehrsicherheit, seine unbeugsame kirchliche Treue in theologicis und philosophicis, in allen Stürmen, die im Laufe von mehr als 25 Jahren über uns dahinbrausten. Und das war gewiß nichts Geringes, denn es gab auch Zeiten, wo es Mut brauchte, standhaft treu fest zu halten, an der von dem großen Leo XIII. proklamierten thomistischen Philosophie.

In Dozentenkreisen übte P. Michel einen größeren Einfluß aus als es den Anschein hatte. Ein ausgezeichneter Kenner der ganzen Organisation der Universität, ihrer Gesetze und Reglemente, seinen Freunden unverbrüchlich treu ergeben, wußte er klug, ruhig und vorsichtig auch andern Meinungen Rechnung zu tragen und war, auch während des Krieges, trotz der Zugehörigkeit zu einer der beiden Kriegsparteien, mehr als in einem Falle ein versöhnendes Bindeglied zwischen entgegengesetzten Richtungen und Bestrebungen. Das hohe alles beherrschende Interesse aber, das er für die Alma Mater Friburgensis stetig besaß und überall an den Tag legte, wird dem lieben Verblichenen ein dauerndes Andenken seiner Kollegen und Schüler sichern.

G. M. M.

R. I. P.

Zur Abstimmung vom 4. Mai.

ag. Die nunmehrige Haltung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei hat das **christlich-soziale Komitee** veranlaßt, zu der Frage der eidgenössischen Kriegssteuer nochmals Stellung zu nehmen. Einstimmig wurde eine Resolution gefaßt, in der es heißt: Die veränderte Stellungnahme der schweizerischen sozialdemokratischen Partei kann den Eindruck erwecken, als handle es sich um ein unnützes Gesetz, das im Interesse der Arbeiterschaft verworfen werden müsse. Demgegenüber betonen wir, daß dem nicht so ist, sondern daß das Gesetz die Arbeiterschaft in der Steuerheranziehung in durchaus befriedigender Weise schont. Der Grund für die Haltung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei liegt darin, daß sie alles negiert, um zuletzt doch noch zur direkten Bundessteuer zu kommen. Wir fordern die Arbeiterschaft auf, dem Rufe der schweizerischen sozialdemokratischen Partei nicht Folge zu leisten, sondern im Interesse des Vaterlandes für die Annahme einzutreten.

Die Partei der Unabängigen Genfs hat sich zu Gunsten der Kriegssteuervorlage des Bundes und der Taggeldervorlage des Kantons ausgesprochen.

Das leitende Komitee des **Föderativverbandes eidgenössischer Beamter**, Angestellter und Arbeiter beschloß einstimmig, dem gesamten eidgenössischen Personal energisch die Annahme der neuen Kriegssteuer zu empfehlen, damit der Bund im Stande sein werde, die dringenden großen sozialpolitischen Aufgaben zu erfüllen.

Das Zentralkomitee der schweizerischen **demokratischen Partei** erläßt einen Aufruf für Annahme der neuen Kriegssteuer des Bundes.

Zu den Zürcher Vorfällen

vom letzten Montag abend faßte die freisinnige Partei der Stadt Zürich folgende Resolution: Die freisinnige Parteiversammlung protestiert 1. gegen die Benützung des verkehrsreichen Paradeplatzes zu Demonstrationsversammlungen, 2. gegen die Mißachtung der vom Volke und den Behörden erlassenen Verbote und Bestimmungen zum Schutze von Ordnung und Verkehr, 3. dagegen, daß die städtischen Behörden nicht rechtzeitig wirksame Vorkehren getroffen haben, um diesen Verboten und Bestimmungen Nachachtung zu verschaffen.

Die wissen sich zu helfen.

Nachdem die Sozialdemokraten Oesterreichs ihren Kampf gegen die konfessionelle Schule dadurch wirksam machen wollten, daß sie auch die Privatschulen verboten, gehen nun die Juden, die doch bei den Sozialisten eine führende Rolle spielen, daran, die jüdischen Schulen zu „retten". Es ist für die jüdische Führerschaft der Sozialdemokratie ja nur charakteristisch, daß sie andern Konfessionen keine konfessionellen Schulen zugestehen will, sich selbst aber um das Gesetz — herumdrückt.

Der Ausweg, den diese Allerweltskerle gefunden haben, ist wirklich großartig. Die jüdische Schule wird ganz einfach als nationale und nicht als konfessionelle Schule erklärt. Gestützt auf diese Erklärung verlangen dann die jüdischen Blätter Wiens, daß der Staat als einziger Erzieher die nationalen Minderheiten nicht vergesse, und insbesondere der Viertelmillion Wienerjuden, deren „von allen Machttendenzen freier Charakter die Interessen der herrschenden Nation in keiner Weise schädigen" könne, ihre legitime Entwicklung gewährleiste. Der Staat habe die Pflicht, seinen jüdischen Mitbürgern die Schule zu schaffen, die sie fordern und deren sie bedürfen.

Diese Bescheidenheit der neuen Diktatoren ist wirklich vorbildlich. Den Christen Oesterreichs wird die konfessionelle Schule verboten, sogar wenn sie dieselben selbst bezahlen. Den Juden aber soll der Staat Schulen einrichten, wie sie es verlangen.

Die Freiheit und Gleichheit in der Republik Oesterreichs (der Juden Dr. Bauer, Ellenbogen, Minister, Ludo Hartmann u. Konsorten) wird es also soweit bringen, daß es zwei Sorten Bürger gibt: Die vom Staate privilegierten und dafür das Volk ausbeutenden Juden und die Oesterreicher — österreichischer Nation. Nicht umsonst sagt ein derber Volksspruch: Nur die allergrößten Kälber zahlen ihre Metzger selber.

Ausland

Der 1. Mai. Paris, 30. April. ag. (Havas.) Die Regierung untersagte die Kundgebungen am 1. Mai in Paris. Die Zeitungsdirektoren von Paris beschlossen, die Blätter am 1. Mai nicht erscheinen zu lassen.

(Wolff.) Der 1. Mai ist von den französischen Besatzungsbehörden als politischer Feiertag für die Pfalz erklärt worden. General Fayolle hat angeordnet, daß in den von französischen Truppen besetzten Gebieten der 1. Mai als Feiertag zu gelten hat. Versammlungen und Umzüge sind untersagt, wenn nicht eine Spezialbewilligung eingeholt worden ist.

Friedenskonferenz. Paris, 30. April. ag. (Havas.) Der oberste Wirtschaftsrat hielt unter dem Vorsitz von Lord Cecil seine fünfzehnte Sitzung ab. In seiner letzten Sitzung beschloß der Rat, Schritte zu unternehmen, um das Verlangen der Deutschen bezüglich der Fischereirechte im Kattegat und Skagerak zu befriedigen.

Der Rat prüfte die wichtigen Fragen des Handels und der Verpflegung auf der Donau, doch faßte er diesbezüglich keinen Beschluß und behielt sich vor, die verschiedenen vorgeschlagenen Maßnahmen noch weiter zu prüfen.

Graf Brockdorff in Versailles. Paris, 30. April. ag. (Havas.) Graf Brockdorff-Rantzau und die deutsche Delegation sind Dienstag Abend 9 Uhr 28 im Bahnhof Vaucresson eingetroffen. Sie wurden vom Präfekten des Seine- und Oise-Departementes, Chaleil, empfangen.

Die Ereignisse in Bayern. ag. Berlin, 30. April. Wie verlautet, wurde in Bayern Wasserburg und Gars am Inn von den Regierungstruppen besetzt. Bei Krupp in München werden für die roten Garden Geschütze hergestellt. Die Soldaten der roten Armee werden teilweise mit Gutscheinen bezahlt. Der Zuzug ist gering.

Die Aktion gegen München. Berlin, ag. (Wolff.) Die Reichstruppen haben im Einverständnis mit der bayrischen Regierung mit Teilen die Grenze überschritten. Gemeinsam mit bayrischen Truppen werden die Hilfstruppen des Reiches den Vormarsch gegen München durchführen. Der am weitesten nach Norden vorgeschobene Stützpunkt der Roten Armee, **Freising, wurde von den Regierungstruppen genommen.** Ueber die Zustände bei der Roten Armee verlautet, daß die Uneinigkeit im Kommunistenlager um sich greife. Als zuverlässig können nur die bewaffneten Arbeiterbataillone gelten. In jeder Versammlung treten Russen auf. Die Münchner Räteregierung hat Papiergeld mit neuen Serienummern gedruckt und befohlen, daß alles Bargeld abgeliefert werden müsse, weil sie keine Löhne mehr auszahlen kann.

Um das Schicksal Deutsch-Oesterreichs. Wien, 29. April. ag. (W. K. B.) Den Blättern zufolge fand auf Einladung des Unterstaatssekretär des Aeußern Dr. Pflügel im Rathauskeller ein Abendessen statt, zu dem die Mitglieder der französischen Mission und eine Reihe politischer Persönlichkeiten, darunter mehrere Abgeordnete aus Tirol geladen waren, wobei aktuelle politische Fragen, insbesondere die Frage des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an das deutsche Reich, sowie die deutsch-südtiroler Frage erörtert wurde. Im Laufe des Meinungsaustausches hatten die Vertreter Frankreichs Gelegenheit sich über diese Fragen eingehend zu informieren. Den Blättern zufolge ist eine Fortsetzung dieser Besprechungen geplant.

ag. **Die nächste Plenarsitzung der Nationalversammlung** findet in Weimar statt und zwar am Dienstag, den 6. Mai.

Der rote Terror in Riga. Helsingfors, 29. April. ag. (Wolff.) Ein soeben aus Riga eingetroffener Reisender gibt über die dortigen Verhältnisse folgende Schilderung: Seit dem Eintreffen der Sowjettruppen in Riga herrscht ein furchtbares Elend, das sich durch die jetzt eingetretene völlige Anarchie noch gesteigert hat. Die Zahl der Verhafteten ist auf etwa 16,000 zu schätzen. In der letzten Woche wurden täglich etwa 200 Hinrichtungen vorgenommen. Von den Hingerichteten sind 507 Deutsche, 40% Deutschbalten und 10% Letten, Juden und verschiedener Nationalität. Einige Stadtviertel sind völlig evakuiert und die Bewohner auf die wüste Insel Nasenholm verbracht worden. Das wirtschaftliche Leben in Riga ist tot. Vorräte an Lebensmitteln und Kleidern, im Gebrauch befindliche Nähmaschinen sogar, werden weggeschleppt. Wenn der jetzige Zustand auch nur noch kurze Zeit andauert, ist die Zukunft Rigas auf Jahrzehnte vernichtet.

Die Ausfuhr aus den Zentralstaaten. Haag, 30. April. ag. (Wolff.) Nach Mitteilung der niederländischen Regierung und des Ueberseetrustes ist die Verschiffung von Waren deutscher und österreichischer Herkunft nach allen Häfen außerhalb Englands und der englischen Kolonien freigegeben. In den britischen Häfen, einschließlich derjenigen der Kolonien, ist aber die Umladung nach andern Häfen gestattet. Hiezu sind die Certifikate des englischen Konsuls in Amsterdam oder Rotterdam einzuholen und vorzulegen. Es steht allerdings noch nicht fest, ob die bisher feindlichen Ueberseestaaten, wie z. B. die Vereinigten Staaten von Amerika, Brasilien, China, die Einfuhr deutscher Waren zulassen.

In der Türkei. Athen, 30. April. ag. (Ag. d'Athènes.) Man meldet aus Konstantinopel: Der Justizminister gab seine Demission, welche angenommen wurde. Die aus den Provinzen eingelangten Berichte heben den Ernst der Lage im Innern des Landes hervor. Sie sprechen nur von verschiedenen Verbrechen gegen die Christen, welche unter dem Terror leiden. Die geheime Verteilung von Waffen an die Mohammedaner dauert fort.

Im Humbert-Prozeß hat Hauptmann Mornet sein Plädoyer begonnen. Für Lenoir beantragte er die Todesstrafe. Für Desouches forderte er Schuldigsprechung, überläßt es aber dem Gerichtshof, dieselbe Strafe wie für Lenoir zu treffen.

Große Vorräte verbrannt. Berlin, 30. April. ag. Laut „Berliner Lokalanzeiger" sind bei einem durch Kurzschluß entstandenen Brand in der Malzfabrik Könern im Bezirk Merseburg viele tausend Zentner Hafer, große Mengen von Fleisch, Dörrgemüse und Mehl, sowie 20,000 Zentner Kartoffel vernichtet worden. Der gesamte Schaden beläuft sich annähernd auf 5 Millionen Mark.

Schweiz

Aus dem Bundeshaus. (Bundesrat vom 29. April 1919.) Herrn Dr. Karl Tanner wird die nachgesuchte Entlassung von seiner Stelle als Chef der Abteilung Brotversorgung des eidgen. Ernährungsamtes, unter Verdankung der geleisteten Dienste, erteilt.

Der Verwaltungsrat der Bundesbahnen hat dem Projekt der Elektrifikation der Gotthardlinien Erstfeld-Luzern, Arth-Goldau-Zürich, Zug-Luzern und Immensee-Rotkreuz (zusammen 141 Klm.) einstimmig zugestimmt und für die Erstellung einen Kredit von 43,5 Millionen Fr. bewilligt, ebenso das Projekt des Kraftwerkes Barberine (Wallis) zur Elektrifikation der westschweizerischen Linien im Betrage von 37 Millionen.

Die Staatsrechnung des Kantons St. Gallen pro 1918 schließt bei einer gesamten Einnahmensumme von 18,936,292 Fr. und einer solchen an Ausgaben von 21,847,642 Fr. mit einem Passivsaldo von 2,911,350 Fr. gegenüber einem budgetierten Passivsaldo von 3,036,700 Fr. ab.

ag. **Die Aktionärversammlung der Aluminiumindustrie Neuhausen** genehmigte die Jahresrechnung mit 19,222 gegen 6022 Stimmen, sowie den Antrag des Verwaltungsrates auf 20% Dividenden. Mit 18,617 gegen 6499 Stimmen wurde der Antrag Dr. Peter, Basel, auf Ausschüttung einer Dividende von 30% verworfen.

Schaufensterräuber. Am Montag Mittag etwa 12½ Uhr wurde in einem Schaufenster des Bijouteriegeschäftes Gebrüder Schelhaas und Cie. an der Bahnhofstraße in Zürich ein Loch in ein Schaufenster geschnitten und den Auslagen Brillanten im Werte von 20 bis 30,000 Franken entnommen. Der Täter blieb völlig unbemerkt und konnte seine Beute ungestört in Sicherheit bringen.

Wetterschäden. Am Dienstag hat es im Berner Oberland den ganzen Tag außergewöhnlich stark bis in die Täler hinunter geschneit. Die Temperatur sank bis —2° im Tal, sodaß schon Frostschäden befürchtet werden müssen.

Verschiedene Meldungen.

Nürnberg, 20. April. ag. („Frkf. Ztg.") Hier sind neuerdings der Vorsitzende der U.-Sozialisten, Dr. Freund, der Nürnberger Führer der Partei August Meyer und andere U.Sozialisten verhaftet worden.

Essen, 29. April. ag. (Wolff.) **Die Bergarbeiter des Ruhrwerkes** sind am Mittag mit Ausnahme zweier Zechen, wo noch 1300 Mann feiern, eingefahren.

Zürich, 30. April. ag. Wie wir aus zuverlässiger Quelle vernehmen, ist es nunmehr gelungen, den in der Nacht vom 29. auf den 30. Juli 1918 erfolgten Diebstahl der Divisionskasse aufzuklären. Die Täter sind verhaftet und nunmehr in der Hauptsache auch geständig.

Dotzigen, 30. April. ag. Das Haus des Landwirtes Gottfried Hügli ist am Morgen des 27. April total abgebrannt.

Kanton Freiburg

Verhandlungen des Staatsrates.

Sitzung vom 29. April.

Der Staatsrat ernennt Herrn Paul Joye, Professor an der Universität, zum Mitglied des Verwaltungsrates der freiburgischen Elektrizitätswerke. Er stellt Frau Jenny-Zwicky, Apothekerin in Remund ein Patent aus mit der Ermächtigung im Kanton zu praktizieren.

Er ermächtigt die Pfarrei von Remund und die freien Schulkreise von Freiburg und Courtepin zum Bezug einer Steuer.

Er genehmigt Plan und Voranschlag für die Bodenverbesserungen in den Gemeinden Niederwistenlach und Gempenach.

Bundesbeitrag.

Dem Kanton Freiburg wird an die auf Fr. 31,000 veranschlagten Kosten der Entwässerung einer Fläche von 6,5 ha in der „Gauglera", Gemeinde Rechthalten ein Bundesbeitrag von 25%, höchstens Fr. 7750 gewährt.

Der Generalrat der Stadt Freiburg

befaßte sich in seiner Sitzung vom 28. April mit der Vorlage betr. die Gehaltrevision der städtischen Angestellten und Lehrer. Der Antrag des Gemeinderates, dem gesamten Personal eine Besoldungserhöhung von 10—25% zu gewähren, wurde einstimmig gutgeheißen und der hiefür nötige Kredit von 60,000 Fr. gewährt.

Die Kommission, welche die Wohnungsfrage zu prüfen hat, ist folgendermaßen zusammengesetzt: HH. Arthur Dubey, Georg Schäfer, Eduard Waßmer, Adrian Andrey, Heinrich Geinoz, Charles Meuwly und Charles Cuany.

Die allgemeine Aussprache wurde reichlich benützt und förderte eine Reihe gemeinnütziger Anregungen zu Tage.

Totentafel.

(A. A.) Am 22. April abhin starb in Heitewil im hohen Alter von 72 Jahren, Frau Rosa Spycher, Witwe des früheren Grundbuchbeamten des Sensebezirkes Christoph Spycher sel. Die Verstorbene war eine Tochter des Ratsherrn Franz Spycher, der bei den Sonderbundswirren als Mitglied der konservativen Partei von der radikalen Regierung mit andern verhaftet worden war.

Frau Spycher war bis in ihr hohes Alter eine unermüdliche Arbeiterin, vom frühen Morgen bis zum späten Abend tätig. Für Arme und Unglückliche hatte sie stets ein mitleidiges Herz und eine offene Hand und in aller Stille wirkte sie ungezählt viel Gutes. Unter zahlreicher Teilnahme wurde sie vergangenen Freitag in Tafers zur letzten Ruhestätte begleitet. Wer die Verstorbene näher kannte, wird ihr ein gutes Andenken bewahren.

R. I. P.

Zur Abstimmung vom nächsten Sonntag.

Die Abstimmung über die Kriegssteuer vom nächsten Sonntag erfordert die Aufmerksamkeit all unserer Genossen der konservativen Volkspartei. Nach den Berichten der letzten Tage ist die Vorlage eher gefährdet, als gesichert. Die Sozialisten haben umgeschwenkt und treiben eine rührige Propaganda gegen die Steuer. Sie sagen, die Steuer müsse verworfen werden, der bürgerliche Staat gehe dann um so rascher zu Grunde!!

Bedauerlicher Weise stehn unsere Mitbürger in den welschen Kantonen auch im Lager der Gegner, weil, nach ihrer Meinung, die kantonale Souveränität zu wenig geschont wird.

Wird diese Vorlage verworfen, so wird die direkte Bundessteuer in Permanenz dann sicher kommen.

Wir möchten daher unsere Parteigenossen aufmuntern für eine rege Beteiligung der Bürger an der Abstimmung tätig zu sein.

Wo die Ortssektionen der Volkspartei schon errichtet sind, mögen die Vorstände sich der Propaganda annehmen; wo noch keine Ortssektionen bestehn, mögen einsichtige Bürger, vornehmlich Mitglieder der Ortsbehörden sich

ue Meldungen.

pril. ag. („Frkf. Ztg.") gs der Vorsitzende der Freund, der Nürnberger August Meyer und an- verhaftet worden.

ag. (Wolff.) Die Berg- perkes sind am Mittag ier Zechen, wo noch 1300 fahren.

ag. Wie wir aus zuver- nehmen, ist es nunmehr r Nacht vom 29. auf den gten Diebstahl der Divi- en. Die Täter sind ver- in der Hauptsache auch

ril. ag. Das Haus des ed Hügli ist am Morgen abgebrannt.

Freiburg

n des Staatsrates.

vom 29. April.

nennt Herrn Paul Joye, Universität, zum Mitglied es der freiburgischen Elek- stellt Frau Jenny-Zwicky, und ein Patent aus mit m Kanton zu praktizieren. Pfarrei von Remund und reise von Freiburg und ng einer Steuer.

lan und Voranschlag für ngen in den Gemeinden d Gempenach.

burg wird an die auf Fr. n Kosten der Entwässerung ha in der „Gauglera", en ein Bundesbeitrag von 7750 gewährt.

der Stadt Freiburg

er Sitzung vom 28. April tr. die Gehaltrevision der en und Lehrer. Der An- ates, dem gesamten Perso- serhöhung von 10—25 % e einstimmig gutgeheißen ige Kredit von 60,000 Fr.

welche die Wohnungsfrage t folgendermaßen zusam- rthur Dubey, Georg Schä- er, Adrian Andrey, Hein- s Meuwly und Charles

lussprache wurde reichlich e eine Reihe gemeinnützi- Tage.

pril abhin starb in Heite- r von 72 Jahren, Frau we des früheren Grund- Sensebezirkes Christoph erstorbene war eine Toch- Franz Spycher, der bei den als Mitglied der konser- der radikalen Regierung t worden war.

r bis in ihr hohes Alter Arbeiterin, vom frühen späten Abend tätig. Für che hatte sie stets ein mit- eine offene Hand und in ie ungezählt viel Gutes. eilnahme wurde sie ver- Tafers zur letzten Ruhe- die Verstorbene näher gutes Andenken bewah- I. P.

vom nächsten Sonntag.

über die Kriegssteuer vom fordert die Aufmerksam- rossen der konservativen den Berichten der letzten e eher gefährdet, als ge- ten haben umgeschwenkt rige Propaganda gegen en, die Steuer müsse ver- bürgerliche Staat gehe zu Grunde!!

se stehn unsere Mitbür- Kantonen auch im La- il, nach ihrer Meinung, änität zu wenig geschont

age verworfen, so wird uer in Permanenz dann

r unsere Parteigenossen rege Beteiligung r Abstimmung tätig zu

en der Volkspartei schon die Vorstände sich her n; wo noch keine Orts- gen einsichtige Bürger, er der Ortsbehörden sich

der Sache annehmen, damit die Beteiligung an der Abstimmung eine möglichst starke werde.

*

In der Stadt Freiburg findet am Freitag, abends 8¼ Uhr, im Cercle social eine Wählerversammlung statt, an welcher ein Abgeordneter in der Bundesversammlung über die neue Kriegssteuer sprechen wird.

Futternot auf dem Lande.

Das anhaltend kalte Wetter richtet den Bauern großen Schaden an. Die Feldbestellung erfährt dadurch eine unliebsame Verzögerung, die Fruchtknospen der Obstbäume und Sträucher, welche zum Aufgehen bereit sind, erfrieren und schrumpfen zusammen, das Wachstum des Grases ist fast null und die Heuvorräte sind fast aufgezehrt. Da kein Ersatzfutter zur Verfügung steht, begegnet die Fütterung unserer Viehbestände stets fort größeren Schwierigkeiten und geht die Leistung der Tiere zurück. Die Milchproduktion, welche schon den ganzen Winter hindurch unzureichend war, ist auf einem noch nie dagewesenen Tiefstand angelangt. Bezüglich der Fleischerzeugung steht es nicht besser. Die Mästung von Tieren hat nicht nur ganz aufgehört, sondern die geringe Körperverfassung, über welche die Tiere noch verfügen geht unheimlich rasch zurück. Dadurch, daß das Vieh zufolge schlechter Fütterung abmagert, gehen täglich tausende von Doppelzenter Fleisch, Fett und Milch verloren. Daß diese traurige Erscheinung unsere Versorgung mit tierischen Erzeugnissen nachteilig beeinflußt, liegt auf der Hand. Sie wird zur Folge haben, daß Milch und Fleisch das ganze Jahr hindurch in ungenügender Menge vorhanden sein werden.

Die Futternot ist überall groß, sowohl im Flachland als im Alpgebiet. Im Flach- und Hügelland sind die Bauern insofern schlimmer daran, als sie in den Kriegsjahren die ertragreichen Kunstwiesen, auf denen ihre Viehwirtschaft zu einem guten Teil beruhte, aufgebrochen und mit Feldfrüchten bepflanzt haben. Leider konnte der Viehstand nicht proportional vermindert werden, weil ein ertragreicher Hackfrucht- und Getreidebau, sowie das Fehlen von Kunstdünger eine intensive Viehwirtschaft mit Stallmistproduktion voraussetzte. Dazu kommt, daß die letztjährige Heuernte relativ schlecht ausgefallen ist, der Bund Heu für die Armee requirierte und die Einfuhr von Futtermitteln aus dem Ausland beständig abgenommen hat. Die Bauern waren daher gezwungen, mit geringen Futtervorräten in den Winter zu gehen. Im deutschen Teil unseres Kantons, wo 40—60 % des Landes unter dem Pfluge ist, reichten die Heuvorräte nicht länger als bis Ostern. Da mit dem Eingrasen noch nicht begonnen werden kann, so stehen heute zahlreiche Bauern geradezu vor einer Katastrophe, weil sie ihr Vieh einfach nicht mehr füttern können. Wer gegenwärtig durch die Dörfer des See- und Sensebezirkes geht und mit den Bauern zusammenkommt, dem wird fast das Herz abgedrückt ob den traurigen Erzählungen über die Hungersnot in den Viehställen.

Das wenige Heu und die künstlichen Futtermittel, welche noch in den Handel kommen, werden zu fast unerschwinglichen Preisen umgesetzt. Ueberall gilt der Doppelzentner Heu 70—80 Fr., in manchen Ortschaften sogar 100 Fr. Kunstfuttermittel, die fast keinen Nährwert haben, werden zu 80—100 Fr. pro Doppelzentner an die Bauern verkauft. Wenn man nun bedenkt, daß eine Milchkuh mit Leichtigkeit 15 Kg. Heu im Tag verzehrt, so begreift man, daß viele Bauern ihr Vieh hungern lassen oder bei der eisigen Kälte auf die Weide treiben. Daß das Vieh auf der Weide eher Schaden leidet, ist klar, selbst wenn dasselbe mit Wolldecken versehen wird. Die Frühjahrsweide, so wie sie gegenwärtig betrieben wird, ist aber für die Tiere und den Bauer gleich schädlich.

Unter solchen Verhältnissen ist begreiflich, daß die Bauern ein unheimliches Gefühl erfaßt hat und nach staatlicher Hilfe rufen. Bevor die staatliche Hilfe organisiert ist, tun die Bauern gut, den Mut nicht zu verlieren, mit den wenigen Futtervorräten noch recht sparsam umzugehen und einander mit Heu und Stroh auszuhelfen. Es empfiehlt sich auch die Verfütterung der Kartoffeln, welche da und dort zur Ausfuhr bereitgestellt sind. Es ist niemand mehr verpflichtet, Kartoffeln abzugeben. (Die Verfütterung von Getreide ist leider nicht gestattet. Wird dennoch Getreide verfüttert, so sollte die Behörde gegen die Schuldigen nicht allzu strenge vorgehen, namentlich dann nicht, wenn dieselben ihren Pflichtteil dem Bunde abgeliefert haben.

Soeben wird uns bekannt, daß der Staatsrat des Kt. Freiburg Maßnahmen getroffen hat, um den Bauern zu helfen. Er hat den Heuhandel untersagt und die Gemeinderäte verpflichtet, das Heu in der Gemeinde zu rationieren und allfällige Ueberschüsse dem Oberamt zur Verfügung zu stellen, welches einen Ausgleich zwischen den Gemeinden des Bezirks vornehmen wird. Die Requisition des Heues soll auf Grund von 50 Fr. 100 Kg. erfolgen. Durch diese Maßnahme wird in manchen Gemeinden die Futternot einigermaßen gelindert werden können. Man darf aber den Erfolg nicht überschätzen, denn es gibt tatsächlich fast keine Heuvorräte mehr. Dagegen gibt es noch Stroh in Menge. Das sollte man beschlagnahmen und verteilen. Mit Kartoffeln oder Krüsch vermischt, stellt das geschnittene Stroh ein gutes Futtermittel dar.

Die Bauern verlangen von der Kantonsbehörde auch, daß das für die Armee requirierte Heu ihnen zur Verfügung gestellt wird. Ferner, daß das Krüsch, welches ihnen als Entgelt für das abgelieferte Getreide versprochen wurde, endlich geliefert wird. Seit Monaten warten die Bauern auf das Krüsch und der Bund hat sich noch nicht veranlaßt gesehen, sein Versprechen einzulösen. Die Bauern begreifen nicht, weshalb der Bund das Krüsch nicht herausgibt in einer Zeit, wo doch ein großer Teil ihres Viehstandes vor Hunger beständig brüllt. J. B.

Konsumverein oder Kleinhändler?

(Eing.) In Nr. 94 vom 23. April hat ein Landwirt ein Urteil abgegeben über den Konsumladen als solchen, dem ich nicht beistimmen kann.

Die erste Frage ist die: Sind die Konsumgenossenschaften eine zeitgemäße Einrichtung? Da sagen wir ja. Gerade in der Kriegszeit haben sie sich als ein vorzüglicher Regulator für die Warenpreise bewährt. Bis einmal die Genossenschaftsidee soweit ist, daß die Konsumvereine unter keiner Konkurrenz mehr zu leiden haben, fließt noch viel Wasser die Saane hinunter. Der Satz: Die Genossenschaftsläden, die keine Konkurrenz mehr zu fürchten haben, bedienen ihre Kundschaft auch darnach, ist nach unserer Ansicht schon etwas mehr als boshaft. Man könnte aber ebenso gut die Sache umkehren und sagen: Wären die Genossenschaften, die das Gesamtinteresse über das des Privatverkäufers stellen, nicht gekommen, wie viele Grossisten und Detaillisten hätten die wirtschaftliche Lage nicht noch besser ausgenützt? Nein das ist nicht das Bestreben der Konsumgenossenschaften, die Preise in die Höhe zu schrauben, sondern möglichst billig und reel zu bedienen. Uebrigens hat ein Konsumverwalter keine solch große Kompetenz wie der Einsender sie darstellt, denn über ihm steht, wenigstens in den christlich-sozialen Genossenschaften, der von den Genossenschaftsmitgliedern gewählte Aufsichts- und Verwaltungsrat, welche in allen Angelegenheiten, so auch des Einkaufs- und des Verkaufs ein Wort zu sprechen haben. Sie vertreten die Interessen der Käufer und nicht die des Verwalters.

Nun noch die Barzahlung. Hätten die Konsumgenossenschaften auch gar kein anderes Verdienst als gerade dieses, so wäre dasselbe gerade groß genug, um seine Berechtigung anzuerkennen. Gerade das alte vieleingerissene Borgsystem ruinierte so viele Familien. Das Barzahlungssystem hat aber auch den Vorteil, daß die Leute mit ihrem Gelde rechnen und haushalten lernen und daß nicht der solide Kunde für den unsoliden bezahlen muß, denn auch das Risiko muß auf die Ware geschlagen werden, das weiß wohl jeder, der auch nur mit den Elementarbegriffen des Kaufmannsstandes vertraut ist. Dies für heute. **Ein Genossenschafter.**

*

Was das Verdienst der Konsumvereine, um die Einführung der Barzahlung anbetrifft, so ist dies unbestritten; aber es ist nicht allein ihr Verdienst der Konsumläden. Die Großwarenhäuser und Bazare haben auch ihren erheblichen Anteil daran, vielleicht noch den größeren, weil sie an manchen Orten den Barverkauf einführten, ehe ein Konsumladen da war. Will der Herr Einsender aus dieser Tatsache den gleichen Schluß ziehn, wie er es zu Gunsten der Konsumvereine tut und sagen (wie er für die Konsumgenossenschaften schreibt): Hätten die Großwarenhäuser und Bazare auch gar kein anderes Verdienst als gerade dieses (die Einführung der Barzahlung) so wäre dasselbe gerade groß genug, um seine Berechtigung anzuerkennen? Wir sind des Gegenteils sicher. Folglich ist die Barzahlung nicht ein wesentliches Merkmal der Konsumvereine, sondern nur eine auch andern Verkaufverbänden gemeinsame Zufälligkeit. D. R.)

Mittelkurse der Genferbörse
vom 30. April 1919.
Mitteilung der Wechselstube A. Gerber
Schützengasse 18, Freiburg.

Paris	81 75	Wien	19.15
London	23 19	Prag	81.—
New-York	4 93½	Rußland	35.50
Brüssel	77 50	Stockholm	132 20
Italien	85 50	Christiania	127 50
Spanien	99 80	Kopenhagen	123 50
Holland	199 25	Sofia	30.—
Berlin	40 40		

Tendenz: Morgens sehr fest und mittags wieder abgeschwächt.

Neueste Meldungen

Donnerstag, 6 Uhr morgens.

Südslavischer Einbruch in Kärnten.

Wien, 30. April. (W. K. B.) Die **südslavischen Truppen überschritten heute die Demarkationslinie in Kärnten**, die unter Mitwirkung einer amerikanischen Kommission festgestellt worden war. Sie haben den Kampf überall aufgenommen. Das Kärntener Land ist durch diesen Einbruch auf das äußerste beunruhigt. Das Staatsamt für das Aeußere protestierte beim südslavischen Gesandten und erklärte, diesen Einbruch als feindseligen Akt betrachten zu müssen, wenn die Truppen nicht zurückgezogen werden.

Auch alle Entente-Missionen in Wien wurden von dem Schritte benachrichtigt und ersucht, das strittige Gebiet durch Truppen einer unbeteiligten Macht besetzen zu lassen.

Wien, 30. April. Der heutige Kabinettsrat beschäftigte sich mit der Lage in Kärnten und der damit verbundenen Gefährdung der für die Lebensmitteltransporte nötigen Bahnverbindungen.

Die Landesregierung von Kärnten hat die Ermächtigung erhalten, die nötigen Mannschaften zum Schutze der Grenzen aufzubieten. Das Amt für Heereswesen ist beauftragt worden, die nötiger Vorkehrungen zum Schutze des Landes zu treffen.

In Versailles.

Versailles, 30. April. ag. (Havas.) Der erste Zug mit den deutschen Bevollmächtigten traf am 28. April abends 9 Uhr auf dem Bahnhofe von Vaucresson ein. Der Präfekt des Seine-Oise-Departementes Chaleil, höhere Offiziere, der Botschaftssekretär Dumontille, als Vertreter Pichons, sowie Baron Meisner waren auf dem Perron anwesend. Chaleil empfing die Bevollmächtigten mit folgender Ansprache: Ich bin beauftragt, im Namen der Regierung der Republik die deutschen Bevollmächtigten in Versailles zu empfangen. Oberst Henry, Chef der französischen Militärmission wird die Mittelperson spielen zwischen den deutschen Unterhändlern und der Regierung der Republik und ihren Alliierten. Ich habe die Ehre, Sie zu begrüßen. Graf Brockdorff-Rantzau dankte im Namen seiner Regierung und in seinem eigenen. Die deutschen Delegierten bestiegen vier geschlossene Wagen und trafen um 11 Uhr abends im Hotel des Reservoirs ein.

Berlin, 30. April. („Frkf. Ztg.") Den Mitgliedern der Friedensdelegation ist eine große Anzahl wichtiger Dokumente und Unterlagen nach Versailles mitgegeben worden, die sich besonders auf die militärischen Vorbereitungen in den Tagen des Kriegsausbruches beziehen.

Zum italienischen Zwischenfall.

Paris, 1. Mai. (Havas.) In dem am 14. April der italienischen Delegation überreichten Memorandum Wilsons, über die Adriafrage, das gestern veröffentlicht wurde, zeigt Wilson das Bestreben den Italienern gerecht zu werden.

Wilson hatte beim Zusammenbruch Oesterreichs für dessen Staaten nicht nur Autonomie sondern volle staatliche Selbständigkeit verlangt. Wilson anerkennt, daß Italien überall an der Nordgrenze alles erhalten kann, was ihm im Londoner Pakt zugesichert wurde. Triest, Pola und der größte Teil Istriens müssen an Italien abgetreten werden.

Fiume aber soll selbständig sein, aber in das Zollregime des jugoslavischen Staates einbezogen werden.

Rom, 1. Mai. (Stefani.) Page hat seine Dienste angeboten für eine Vermittlung, aber er konnte keinen konkreten Vorschlag machen. Man scheint in parlamentarischen Kreisen auf Frankreich zu rechnen.

Aktion gegen Bayern.

Augsburg, 30. April. ag. (Wolff.) Amtlich. Die Regierungstruppen sind am 29. ds. in Starnberg eingezogen.

Die „Bayrische Volkszeitung" berichtet aus Ingolstadt: Die Verhandlungen mit der Räterepublik haben sich in letzter Stunde zerschlagen

Ansbach, 30. April. ag. (Wolff.) Gestern Mittag ist zwischen Ansbach und Mahrberg ein Flugzeug abgestürzt, das Flugblätter der Regierung Hoffmann abwerfen sollte. Die beiden Insassen sind tot. Das Flugzeug ist zertrümmert.

Verschiedene Meldungen.

Helsingfors, 30. April. ag. Die Regierung lehnte mit 136 gegen 36 Stimmen den vom 1. Landtag herrührenden Verfassungsentwurf ab.

Paris, 30. April. ag. Wie dem „Matin" gemeldet wird, haben die Angestellten der Banken und der Börse beschlossen, morgen in den **Generalstreik** einzutreten, da ihre Forderungen nicht erfüllt worden sind.

Belgiens Enttäuschung.

Brüssel, 30. April. ag. (Havas.) Im Senat gab Faveraux seiner Enttäuschung Ausdruck, daß Genf zum Sitz des Völkerbundes ernannt wurde. Die Belgier seien zu stolz, um den Ursachen dieses Beschlusses nachzuforschen, und sie beschränken sich jetzt darauf, die Wiederherstellung ihres zerstörten Landes zu verlangen. Eine Tagesordnung in diesem Sinne fand die Unterstützung aller Parteien.

Freigabe von Kleie.

Bern, 30. April. ag. (Mitteilung des eidgenössischen Ernährungsamtes.) Ab 1. Mai ist die Beschlagnahme von Kleie und Ausmahleten durch den Bund aufgehoben. Die Mühlen dürfen diese Mahlprodukte wieder frei verkaufen unter Einhaltung der Höchstpreise. Die Freigabe der beiden Artikel erfolgt immerhin unter der Bedingung, daß die Mühlen allfällige Lieferungsverträge des eidgenössischen Brotamtes 3 in erster Linie und vor der Bedienung ihrer eigenen Kunden zu erledigen haben.

Die holländischen Gäste an der Mustermesse.

Basel, 30. April. ag. Am Mittwoch Vormittag um 10 Uhr wurde die holländische Delegation zu der schweizerischen Mustermesse von Direktor Dr. Meile begrüßt, der über die Beziehungen zwischen der Basler und der Utrechtermesse sprach. Der Generalsekretär der Utrechter Messe, Graadt von Roggen, dankte namens der Holländer und überreichte Direktor Meile eine silberne Medaille. Mittags fand im Stadtkasino zu Ehren der Gäste ein Lunch statt. Der Präsident der Basler Handelskammer, Herr Sarasin-Bischer, hieß die holländischen Herren willkommen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Messe dazu dienen werde, die beiden Völker einander näher zu bringen. Er wies auf den gewaltigen Umschwung hin, in den Handelsbeziehungen der Schweiz zu Holland einerseits und seinen Kolonien andererseits und hofft, daß die wirtschaftlichen Beziehungen sich immer enger gestalten werden.

In holländischer Sprache begrüßte das Mitglied der Basler Handelskammer, Gengenbach, die Gäste. Konsul Nachenius wies auf die Uebereinstimmung der Mentalität der beiden Völker hin und gab den holländischen Delegierten nützliche Winke für ihre Reise durch die Schweiz. Der holländische Gesandte in Bern, Jonkheer van Panhuys, zog Parallelen zwischen den natürlichen, geschichtlichen und ökonomischen Verhältnissen der Schweiz und Hollands. Der schweizerische Gesandte im Haag, Dr. Ritter, berührte die Bestrebungen zur Schiffbarmachung des Rheines in der Schweiz und in Holland.

Erdbeben.

Zürich, 30. April. ag. Die schweizerische Erdbebenwarte verzeichnete am Mittwoch vormittag, 8 Uhr 37, den Beginn eines heftigen Fernbebens von 2½ Stunden (!) Dauer, in 10,000 Klm. Entfernung in südöstlicher Richtung.

Für die Redaktion verantwortlich:
Jos. Pauchard; Dr. Fr. Wäger.

†

Todes-Anzeige

Verwandten, Freunden und Bekannten machen wir hiemit die schmerzliche Mitteilung, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsern innigstgeliebten Vater

Alexander Rauber

nach langem aber mit großer Geduld ertragenem Leiden, mit allen Tröstungen der heiligen Religion versehen, Mittwoch um 2½ Uhr nachmittags, im Alter von 72 Jahren aus diesem zeitlichen Leben abzuberufen.

Wir empfehlen den teuren Dahingeschiedenen einem liebevollen Andenken und dem frommen Gebete.

Die Beerdigung findet statt nächsten Freitag, 2. Mai, um 9 Uhr, in der Pfarrkirche zu Jaun.

Die tieftrauernden Kinder:
Regina, Philipp und Alphons Rauber.

Jaun, den 30. April 1919.

Leidzirkulare werden nur nach auswärts versandt.

R. I. P.

†

Todesanzeige

Wir erfüllen hiermit die schmerzliche Pflicht, Ihnen mitzuteilen, daß der

Hochwürdige

P. Leo Michel, O. P.

S. Theol. Mag.
Ordentlicher Professor der Philosophie,
Dekan der philosophischen Fakultät,

am 29. April 1919, im Alter von 62 Jahren, in Freiburg verschieden ist.

Beerdigung Freitag, den 2. Mai. Abgang vom Albertinum um 9 Uhr.

Das **Requiem** findet statt in der St. Michaelskirche.

Freiburg, den 30. April 1919.

Namens der Universität:
Der Rektor: **P. TUOR.**

R. I. P.

†

Die PP. Dominikaner, Professoren an der Universität Freiburg, erfüllen hiemit die schmerzliche Pflicht, Sie in Kenntnis zu setzen vom Hinscheiden ihres verehrten Mitbruders und Kollegen, des

Hochwürdigen

P. Leo Michel

S. Theol. M., Ordentl. Professor der Philosophie

gottselig verschieden den 29. April, in seinem 62. Altersjahr, versehen mit den Sakramenten der hl. Kirche.

Das Totenamt findet statt in der Kollegiumskirche, Freitag, den 2. Mai, um 9 Uhr.

Weggang des Leichenzuges vom Konvikt Albertinum (Ausgang Varis).

Freiburg (Schweiz), den 30. April 1919.

R. I. P.

Diese Anzeige gilt als Leidzirkular.

Man bittet, Blumen- und Kranzspenden zu unterlassen.

Schöne Auswahl in vergoldeten

Grabkreuzen
und
Grabsteinen

groß und klein, fertig zum Plazieren, bei
Josef Stulz
Lausannegasse 39, FREIBURG

Obstbranntwein
(Birnen- und Aepfel) zu Fr. 5.— der Liter.

Walliser Treber
zu Fr. 6.— der Liter.

Alter Cognac
zu Fr. 8.— der Liter.

Vermuth von Turin
zu Fr. 2.70 der Liter.

Sendung per 5 Liter und mehr, gegen Nachnahme Rabatt per Quantum.

Sich zu wenden an **P. G. Postrestant, Freiburg.**

Dr. Müller
abwesend
bis 1. Juni.

Das vorzüglichste Mittel bei
KROPF und dickem **HÄLSEN**
Jurassischer Kropfgeist „Strumosan"
Das Mittel hilft auch in alten und hartnäckigen Fällen.
Sicherer Erfolg garantiert.
Preis: ½ Flasche Fr. 3.—
1 Flasche Fr. 5.—
Prompte Zusendung durch die **Jura-Apotheke, Biel.** 143

Gesucht
gutes
Officemädchen
Guter Lohn. 1086
HOTEL TERMINUS
Freiburg.

Bei den Unterzeichneten ist fortwährend 1108

Stroh
zu verkaufen
Junge und Meier, Düdingen.

BRISE-BISE

Gestickte Gardinen auf Mousseline, Tüll, Spachtel x. am Stück oder abgepaßt, Vitrages, Draperien, Bettdecken, glatte Stoffe, Etamine, Wäschestickereien u. s. w. fabriziert und liefert direkt an Private Hermann Müller, Rentenstickstickerei, Herisau. Musterkollektion gegenseitig franko. 388

Kohlensauern Düngkalk

in feinster Mahlung, 96—98 % Gehalt, unentbehrlich als Pflanzennährstoff, hauptsächlich für Wurzelfrüchte wie Kartoffeln und Runkelrüben, kleeartige Gewächse und Gräser. Empfohlen von der schweizerischen agrikulturchemischen Anstalt in Bern. 1022

Sofortige Bestellungen zu den billigsten Tagespreisen nimmt entgegen

Ant. Brusa, Bauunternehmer,
Düdingen.

Zu verkaufen

Bergweide

von 90 bis 100 Jucharten mit viel Jungholz. Man würde sich mit ¼ Barzahlung befriedigen. Diese Bergweide, welche Futter für 30 bis 36 Rinder umfaßt, ist schon für dieses Jahr von jedem Pachtvertrag frei. 1110

Offerten unter P2981F **an Publicitas A.-G., Freiburg.**

Gänzlicher Ausverkauf

Grosse Auswahl in
Uhren, Fingerringe und Bijouterie
aller Art
in Gold, Silber und Doublé

Grosser Rabatt

Uhrenwaren-Bijouterie L. Pfyffer
FREIBURG

Oeffentliche Pachtsteigerung

Am **Montag, den 12. Mai,** von 2—4 Uhr nachmittags, wird in der **Wirtschaft Boschung, Ueberstorf** ein

Heimwesen

von 18 Jucharten gut abträglichem Land mit neuen Gebäulichkeiten, laufendem Brunnen und Jaucheauslauf, an eine öffentliche Pachtsteigerung gebracht. Pachtdauer 3 oder 6 Jahre. Zur Besichtigung wende man sich bei **Peter Brülhart,** Bühl, Ueberstorf, Händler, Telephonnummer 10. 1068

Holz zu verkaufen

Die Gemeinde Plaffeien schreint hiermit zirka 250 Kubikmeter Trämmel, eingeteilt in 3 Lose und zirka 35 Kubikmeter Bauholz in 2 Lose, zum Verkaufe aus.

Sämtliches Holz ist an der Straße gelegen zwischen Zollhaus und Kloster.

Schriftliche Preiseingaben sind zu machen bis zum **12. Mai, abends 6 Uhr, auf der Gemeindeschreiberei daselbst.** 1108

Glätte Lehrtochter

gesucht für sofort. Mit etwas Lohn. 1102

Sich zu wenden unter Chiffre P2669F an **Publicitas A.-G., Freiburg.**

Gesucht

für sofort ein kräftiges, gutes

Mädchen

für alles in besseres Haus. Guter Lohn und familiäre Behandlung. 1109

Offerten mit Referenzen zu richten an **Frau Peltera, Rämistraße 28, Zürich 1.**

Das frühere Mädchenschulhaus in Rechthalten ist **zum Abbruche**

zu verkaufen

Preiseingaben bis **15. Mai,** an die Gemeindeschreiberei daselbst. 1104

Zu verkaufen

eine 6-jährige vertraute

Stute

Geschwister Bielmann, Hubel, Brünisried.

Obstbranntwein

ächt, prima Qualität, à Fr. 4.50 pro Liter versenden gegen Nachnahme **W. Burger & Cie.,** Branntweinbrennerei, **Aarau.**

Fr. BOPP
Möbelhandlung
FREIBURG, Schützengasse 8

Nützliche Geschenke
Phantasiemöbel
= Bettvorlagen =

Theater in Plaffeien

im Gasthof zum Hirschen

„Märtyrin Christi verzeihe mir"
Schauspiel in 5 Akten
von **Emilie TRAUNER**

„Kriegsnöten im Küchenreich"
Schwank in 1 Akt
von **Therese HEINZ**

Montag, den 28. April, um 2 Uhr
Sonntag, den 4. Mai, um ½ 3 Uhr

Preise: I. Platz: 1 Fr. 20. — II. Platz: 80 Cts.

Der Märlenverein.

Zu verkaufen oder zu verpachten
oder eventuell bearbeiten zu lassen ein kleines

Heimwesen

nahe bei Freiburg. Antritt sofort.
Sich zu wenden an **Publicitas A.G. Freiburg** sub P2982F. Marke beilegen. 1107

Dreschmaschinen
Maschinen-Centrale BERN

Vertreter: Gebrüder ANDREY
96, Zähringerstrasse 96, **FREIBURG**

—s—

LANDWIRTE!

Kauft nur Dreschmaschinen
mit 5 facher Sortierung, die viel Zeit und Geld ersparen.
Verlangt gratis Offert über solche
Dreschmaschinen „SIEGERIN"
Schweizerfabrikat.

Pachtsteigerung

Mittwoch, den 7. Mai 1919, nachmittags 2 Uhr, wird der **Pfarreirat von Alterswil** in der **Wirtschaft „Alpenrose"** daselbst ein Heimwesen in Herrgarten gelegen, an eine öffentliche Pachtsteigerung bringen für die die Zeit vom 22. Februar 1920 bis zum 22. Februar 1925. Das Heimwesen umfaßt 68 Jucharten Matt- und Ackerland mit den nötigen Gebäulichkeiten. 1085

Für Besichtigung des Heimwesens und Kenntnis der Pachtbedingungen wende man sich an Hr. M. Burri, Pfarreirat, in Umbertsschwenni.

Alterswil, den 25. April 1919.

Joh. Jos. Fasel, Pfarreipräsident.

Preiskegeln

Sonntag & Montag, den 4. & 5. Mai
in der
Wirtschaft Jungo, Schmitten
Fester Gabensatz 300 Fr.
Erster Preis 50 Fr. *Zweiter Preis 40 Fr.*
Gedeckte deutsche Kegelbahn.

Zu zahlreichem Besuche ladet freundlichst ein
Die Schützengesellschaft Schmitten.